

Das sogenannte „unabhängige Modell“ ist eine typische deutsche Lösung für ein typisch deutsches Problem, welche selbst wieder typisch deutsche Folgeschwierigkeiten verursacht. Aber der Reihe nach:

Historischer Exkurs zu den 68ern

Seit ca. 1950 formierte sich in Deutschland eine breite studentische Bewegung mit den Hauptthemen Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, Umgang mit der DDR, Bewältigung der deutschen NS-Vergangenheit und Vietnamkrieg. Am 2.6.1967 wurde der Berliner Student Benno Ohnesorg während einer Demonstration von einem Polizisten erschossen. In der Folge spitzte sich die juristische Auseinandersetzung um die Frage zu, ob die Studentenvertretungen sich auch zu politischen Themen äußern dürfen. Seitens unionsgeführter Regierungen und der Gerichte wurde und wird die Position vertreten, daß die offiziellen Studentenvertretungen kein solches allgemeinpolitisches Mandat haben. Die Begründung läuft im wesentlichen so: Der einzelne Student kann seinen Vertretern ja nur entfliehen, indem er die Hochschule wechselt. Deshalb darf dürfen jene sich nicht im Namen aller Studierenden politisch äußern, weil damit das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit des einzelnen in politischer

Hinsicht eingeschränkt wäre.¹ Bis in die 90er Jahre hinein haben RCDS-Vertreter auf dieser Grundlage immer wieder gerichtliche Unterlassungsverfügungen und Ordnungsgelder erwirkt, auch in Konstanz.

Die Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft

Die Eskalation des RAF-Terrors im „Deutschen Herbst“ 1977 war der Auslöser für die Abschaffung der sogenannten *Verfassten Studierendenschaft*² in Bayern und Baden-Württemberg: Per Gesetz wurde der AstA dem Senat als Unterausschuß eingegliedert, jegliche all-gemeinpolitische Äußerungen untersagt, Finanz- und Satzungshoheit abgeschafft und Beschlüsse in anderen Gremien (Studierendenparlament, Vollversammlungen usw.) verboten. Was blieb, waren der offizielle AstA mit 13 Mitgliedern, drei studentische Mitglieder im Senat und ein oder zwei studentische Vertreter in allen übrigen Gremien und Räten – alle diese aber mit dem drastisch reduziertem Kompetenzumfang. Berühmteste Formulierung für die politi-

¹ Die LHG hält diese Argumentation für falsch – auch juristisch – und verweist insofern auf Damkowski, Wulf, Zur Problematik der verfassten Studierendenschaft, Deutsches Verwaltungsblatt 1978, 229 ff.

² VS meint: Zwangsweise Mitgliedschaft jedes Studenten in der „Zwangskörperschaft“ Studierendenschaft und „zwangsweise“ politische Repräsentation durch deren gewählte Vertreter.

sche Zielsetzung dieser Regelung ist die Äußerung des damaligen Ministerpräsidenten Filbinger: „Die Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft und damit der Asten, ist ein taugliches Mittel, ein Stück Sympathisantensumpf des Terrorismus trocken-zulegen.“

Auch von Professoren wurde das als unverhältnismäßige Gängelung der Hochschulen empfunden. Proteste, Aktionen, Streiks, an denen sich 500.000 Studierende an über 120 Hochschulen in Baden-Württemberg beteiligten, konnte die Verabschiedung des neuen Universitätsgesetzes aber nicht verhindern. Es wurde am 10. November 1977 im Landtag mit CDU-Mehrheit und gegen die Stimmen von SPD und FDP beschlossen.

Die Geburt des U-Modells

Die Antwort der Studenten war die Gründung einer selbstorganisierten Vertretung an den kastrierten offiziellen Strukturen vorbei. Für die konkrete Ausgestaltung dieser neuen Demokratie wurde aber ein anderes Konzept gewählt als das des Grundgesetzes: Das räte-demokratische Modell. Höchstes Organ sollte die Vollversammlung sein, ausführendes Gremium ein „Kollektiv“ aus sechs Studierenden mit einem imperativen Mandat, d.h. weisungsgebunden gegenüber der Vollversammlung.

In diesem „Unabhängigen Modell“ sollte der Idee nach alle studentische Initiative gebündelt werden. Außerdem wollte man alle der offiziellen Vertretung zur Verfügung stehende Sach- und Finanzmittel in die Kasse des U-Modells trick-sen.³ Das inoffiziell gewählte „Kollektiv“ sollte sich mit einer eigenen Wahlliste bemühen, auch die offiziellen Sitze im Senat zu erringen. Das alles geschieht und gelingt so bis heute. Die Anzahl von „Kollektivisten“ kommt dabei nicht von ungefähr: Es sind die drei studentischen Senatsmitglieder und ihre Stellvertreter.

Gestützt wurde das U-Modell damals von Jusos, Sozialistischem Studentenbund und Marxistischem Studentenbund. Bis heute vereint es auf universitärer Ebene eher die linksgerichteten Gruppierungen. Die Grüne Hochschulgruppe ist hinzugekommen, andere Initiativen sind eingeschlafen. Der RCDS als ewiger Opponent spricht sich regelmäßig *gegen* unabhängige Strukturen, also folglich für eine Beschränkung auf die *offiziellen* aus

Probleme des U-Modells

Obwohl klar illegal, wird das U-Modell inzwischen von Landesregierung und

³ Es handelt sich zu einem großen Teil um Personalmittel, die auf nicht genutzte Lohnsteuerkarten von Studierenden verbucht und dann gespendet werden.

Universitätsleitung geduldet. In vielen Bereichen konnte es sich sogar als geschätzter Ansprechpartner etablieren (man denke nur an die Errungenschaften beim Studiticket). Es ist finanziell stabil, verfügt über ein Jahresbudget von ca. 60.000 EUR, welches sich zu ca. 1/3 aus Geldern des Landes (auf offiziellem Weg erhalten und dann an den Trägerverein FUSTA e.V. gespendet) und zu 2/3 aus Parteieinnahmen speist. Daraus finanziert das U-Modell ein vielfältiges, auch unpolitisches Serviceangebot, welches es uns sicher im Wahlkampf nochmals präsentieren wird.

Aus Sicht der LHG lassen sich die **Probleme** des U-Modells in drei Kategorien fassen:

1. Legitimität
2. Pluralität
3. Transparenz

1. Legitimität: Selbst wenn alle Besucher von Vollversammlungen U-Modell-Befürworter wären, muß von einer durchschnittlichen Unterstützerquote von 2-3 % der Studenten ausgegangen werden. Eine Ausnahme stellte die VV vom 3.12.2003 dar mit (je nachdem, wen man fragt) zwischen 900 und 1300 Teilnehmern, also maximal ca 15 % – und die war zugleich die größte Schlappe für das U-Modell: Hier ging es um den Antrag des damaligen Kollektivs, gegen Studiengebühren zu streiken. Der Antrag wurde abgelehnt – das erste Mal in der Geschichte des Konstanzer U-Modells, daß ein Antrag des AstA keine Mehrheit fand.

Zum Teil wird die geringe Beteiligung mit der allgemeinen Politikverdrossenheit erklärt. Das erscheint uns unzutreffend. Immerhin geht die Politisierung so weit, daß ca. 20-25% der Studierenden bei den offiziellen Wahlen ihre Stimme

abgeben. Es drängt sich der Verdacht auf, daß entweder die rätedemokratischen Strukturen nicht mehr zeitgemäß sind, oder aber seit Jahr und Tag eine Abstimmung „mit den Füßen“ gegen dieses U-Modell stattfindet.

Es ist Beschlusslage der LHG, daß es tatsächlich ein „unabhängiges Modell“ braucht, solange die VS verboten bleibt. Weil das illegal ist, wird das U-Modell immer ein Legitimitätsproblem haben. Es löst das Problem gegenwärtig aber eher schlecht.

2. Pluralität: Das U-Modell repräsentiert nur sozialistisch/sozialdemokratisch und ökologisch argumentierende Gruppen. Es ist ihm nicht gelungen, im Sinne einer breiten Basis auch liberale und konservative Kräfte zu integrieren. Deshalb leidet es an Meinungsarmut. Da oppositionelle Gruppen keine Unterstützung erhalten, fallen ihre Wahlkämpfe schwach aus. Wenn es Meinungskämpfe gibt, dann finden sie hinter den Kulissen statt.

Einseitigkeit in der öffentlichen Argumentation ist aus unserer Sicht auch der Grund dafür, daß in den vergangenen zwei Jahren sich nicht mehr genügend Leute zur „Kollektivarbeit“ aufrufen konnten. Auch der auf der VV am 23.5. „gewählte“ U-AstA für 2005/05 hat nicht mehr die Sollstärke von sechs Personen, wobei von einer „Wahl“ ohnehin nicht gesprochen werden kann – es gab ja keine Alternative.

Wir glauben, daß der Diskurs an unserer Hochschule um einiges spannender und vielfältiger wäre, wenn es verschiedene miteinander konkurrierende Gruppierungen gäbe. Die gebündelte administrative, personelle und finanzielle Übermacht des U-Modells verhindert das bisher. Das Modell ist zu stark – schlecht für die Demokratie.

3. Transparenz: Es ist zwar richtig, daß das U-Modell sogenannte „offene Strukturen“ hat. Jeder Student kann jederzeit Einsicht in Unterlagen usw. verlangen. Darum geht es aber nicht. Transparenz herrscht erst, wenn die internen Vorgänge auch aus anderen Perspektiven öffentlich dargestellt werden. Diese Rolle erfüllt traditionell eine Opposition, die sich das U-Modell aber bisher erspart.

Dann ist das Modell an sich auch schlicht zu kompliziert. Aus unserer Sicht ist es völlig unnötig bzw. rein ideologisch motiviert, einer *repräsentativen* Demokratie (den offiziellen Senatswahlen) eine *rätedemokratische* inoffizielle Struktur aufzupflanzen. Wäre der inoffizielle AstA ein parlamentarisches Gremium, welches gemäß dem Ergebnis der (offiziellen) Senatswahlen besetzt würde, würde diese zusätzliche Komplizierung wegfallen.

Im Übrigen publiziert das U-Modell selbst kein Meinungsspektrum, sondern mit dem „AstA-Info“ nur eine „offizielle“ und vorab intern abgestimmte Lesart des Geschehens. Es muß die Möglichkeit geben, meinungsneutral, kostengünstig und ohne jede Zensur jegliche Stellungnahmen aller Gruppen und Einzelpersonen zu verbreiten. Das ist eine ganz zentrale Grundkonstante jedes demokratischen Systems – wir halten es für eine demokratische Verpflichtung des U-Modells.

Zeit für den Wechsel

Nach alledem ist eine Reform des U-Modells dringend notwendig. Innerhalb des U-Modells gibt es leider Hardliner, die strikt gegen eine Liberalisierung argumentieren. Das geschieht zum Teil auch aus politischen Motiven: Das U-Modell soll als bequeme Plattform für eine sozialistische Agenda erhalten blei-

ben.⁴ Daß solche Leute seinem Ansehen schaden, liegt auf der Hand, daß das U-Modell wegen ihnen kurz vor dem Kollaps steht, ebenso.

Deshalb steht für uns fest: Die Idee des U-Modells ist gut - soweit es in seiner realexistierenden Form zu den vorgeannten Problemen führt, gehört es reformiert. Den nötigen frischen Wind kann nur eine externe Gruppierung bringen. Wir treten dafür ein, daß eine schlagkräftige, wählbare Opposition installiert wird.

Das U-Modell muß sich den angesprochenen Fragen selbstkritisch stellen und sein dogmatisches Verständnis von „Basisdemokratie“ endlich aufgeben. Dabei ist durchaus zu überlegen, ob direktdemokratische Elemente erhalten bleiben, wie z.B. ein Antrags- und Rederecht jedes Studenten in jedem inoffiziellen Gremium. Das darf man aber nicht so weit treiben, daß die ganze Veranstaltung von außen nur noch als „Einheitspartei“, „Einheitsliste“ oder gar „Einheitsbrei“ wahrgenommen wird!

Mehr Demokratie wagen!

Liste 3 - LHG
www.lhg-konstanz.de

VISdP: LHG Konstanz / René Kellenbenz
Fach D56
78457 Konstanz

⁴ Dazu Koester, Thomas, Plädoyer für die Auflösung von Studentenparlament und AstA, DUZ 1971, 330 ff.